

Niederschrift

über die 12. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Würth a. Main vom 01.02.2023 im Sitzungssaal des Rathauses

Ladung:	Zur Sitzung waren alle Haupt- und Finanzausschussmitglieder sowie informationshalber alle übrigen Stadtratsmitglieder am 24.01.2023 ordnungsgemäß eingeladen worden.
anwesende Haupt- und Finanzausschussmitglieder:	1. Bürgermeister A. Fath-Halbig Stadträtin Şirin Stadtrat Laumeister Stadtrat Fried für Stadtrat Kettinger Stadtrat Wetzel Stadtrat Schusser Stadtrat Turan für Stadtrat Salvenmoser
entschuldigte HFA-Mitglieder:	
weitere anwesende Stadtratsmitglieder:	Stadtrat Hofmann als Zuhörer
Protokollführer:	Verw.Amtm. T. Mechler
weitere Gäste:	Keine
Sitzung:	Die Sitzung war öffentlich von TOP 1-4, nichtöffentlich ab TOP 5 und dauerte von 19.00 Uhr bis 22.10 Uhr. TOP 5 wurde nachträglich in die Tagesordnung mit aufgenommen.
Beschlussfassung:	Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefasst.

TOP.	Art	Sachverhalt/Beschluss
1.	ö	<p><u>Genehmigung der Niederschrift zur HFA-Sitzung vom 23.11.2022</u> Gemäß § 32 Abs. 4 und § 34 Abs. 1 GeschO ist die Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 23.11.2022 zu genehmigen. Diese wurde bereits gestellt.</p> <p><u>Beschluss:</u> Der HFA beschließt, die Niederschrift zur HFA-Sitzung vom 23.11.2022 zu genehmigen.</p>
2.	ö	<p><u>Haushaltsplanung 2023</u> Die Haushaltsplanung 2023 und die Finanzplanung 2022-2027 sind auf dem Stand der per Email am 23.12.2022 übermittelten Daten. Auf einen erneuten Versand der Unterlagen wird verzichtet. Zum 18.01.2023 ist ein Antrag der Freien Wähler und ein Antrag der CSU-Fraktion eingegangen. Die Anträge sind als Anlage beigefügt.</p> <p><u>Antrag der CSU-Fraktion in Kurzform:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Reduzierung der Sachkosten um 5% auf 2,0 Mio.€, auch im Hinblick auf die Energiekosten der Stadt (Entwicklung Energiesektor) <p>Eine generelle Reduzierung der Sachkosten um 5% ist nicht umsetzbar. Dies würde die Rechtsaufsicht nicht mittragen und würde ein „Schönen“ des Haushalts in dieser pauschalen Form darstellen. Betroffen hiervon sind rund 800 Haushaltsstellen im Verwaltungshaushalt. Bei den laufenden Planungen werden hierbei die Vorjahres- und Vorvorjahreswerte geprüft und bei den Ansätzen berücksichtigt. Eine Erhöhung der Ansätze erfolgt bei den meisten Haushaltsstellen zwischen 1 und 2%. Anders verhält es sich u.a. bei den</p>

Unterhaltskosten und auch laufenden Verträgen. Hier wird nach Rücksprache mit dem Bauamt kalkuliert und der Ansatz gebildet. Einzig die Energiekosten können nach aktuellem Stand wieder etwas reduziert werden.

Antrag der Freien Wähler in Kurzform:

- Reduktion des Ansatzes für die Neugestaltung des Friedhofs
 - Reduktion des Ansatzes für die Fahrradunterstellbox und des Außenspielgeräthehauses der KiTa Rasselbande
 - Anpassung des Ansatzes für den Verkaufserlös der Teilfläche der Fl.Nr. 8640/1
 - Darstellung der Personalkostensteigerung ab dem Jahr 2023
 - Darstellung der laufenden Verträge der Sachkosten, auch im Hinblick auf die Energiekosten
- Die Baukosten des Urnengartens i.H.v. 38 T€ waren im Haushalt 2022 veranschlagt und werden als Haushaltsausgabereiste übertragen. Diese sind bei den Planungen 2023 nicht zu berücksichtigen. Eine Reduzierung der Kosten für Wege und Bäume auf das Nötigste ist nur in geringem Umfang möglich.
 - Die Kosten für die Fahrradunterstellbox wurden bereits in der Version vom Dezember 2022 um 5T€ reduziert, ebenso die Kosten für das Außenspielgerätehaus - 4T€. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass unter anderem der Brandschutz gewährleistet sein muss und im Kindergartenbereich besondere Sicherheitsvorgaben beachtet werden müssen.
 - Der Verkaufserlös der Fl.Nr. 8640/1 beträgt bei rund 2.560 qm à 110 € -> 281.600 € und wird im Investitionsprogramm aktualisiert.
 - Bei den Personalkosten wurden folgende Steigerungen berücksichtigt:

für das Jahr 2023	4,0%
für das Jahr 2024	3,5% und
ab dem Jahr 2025	3,0%

 Da die Tarifverhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, können sich in diesem Bereich immer noch weitere Änderungen ergeben.
 - Eine detaillierte Darstellung aller laufenden Verträge betreffend die Sachkosten ist in der Kürze der Zeit nicht möglich. Sinnvollerweise sollten diese von Zeit zu Zeit überprüft werden und kann in einer gesonderten Sitzung besprochen werden. Bis dahin könnte eine Aufstellung durch die Verwaltung über alle geschlossenen Verträge erstellt werden. Unter anderem sind dies
 - Strom- und Gasverträge
 - Wartungsverträge für die betriebstechnischen Anlagen (Aufzüge, Heizung u.a.)
 - Telefonverträge
 - Versicherungsverträge
 - Verträge mit Dienstleistern u.a. für die Betriebsführung der Wasserversorgung, die Essenslieferung der KiTa's und der OGTS und die Straßenreinigung.

Die Hauptgruppen der Sachkosten betreffen

- den Unterhalt der Gebäude, Gruppierung 501*
- den Unterhalt der betriebstechn. Anlagen, Gruppierung 504*
- den Unterhalt sonst. Anlagen, Gruppierung 51*
- Mieten und Pachten, Gruppierung 53*
- den Unterhalt der Fahrzeuge, Gruppierung 551* und 554*
- die Verwaltungs- und Betriebsausgaben, Grp. 630*-633*, und 637*-639*
- die Kosten für Strom, Gas und Wasser, Gruppierung 634*
- die Dienstleisterkosten, Gruppierung 635* und 636*
- die Versicherungskosten, Gruppierung 5560, 643*, 644*, 645*
- sonst. Geschäftsausgaben, Gruppierung 65*

Die eingeplanten Sachkosten für die HH-Jahre 2023ff betragen:

Grp.	2023	2024	2025	2026	2027
komplett	2.472.550 €	2.470.910 €	2.541.881 €	2.518.877 €	2.542.342 €
501*	62.080 €	62.500 €	63.520 €	64.520 €	65.300 €
504*	86.600 €	87.710 €	88.880 €	90.060 €	91.160 €
51*	356.960 €	317.510 €	320.020 €	322.450 €	324.960 €
53*	150.540 €	150.540 €	150.540 €	150.540 €	150.540 €
551* u. 554*	76.480 €	69.500 €	70.600 €	71.610 €	70.530 €
630* u.a.	175.982 €	176.885 €	177.788 €	178.636 €	179.564 €
634*	450.695 €	490.695 €	500.995 €	511.295 €	521.695 €
635* u. 636*	315.536 €	316.606 €	326.186 €	318.076 €	318.946 €
5560 u.a.	135.553 €	137.183 €	138.768 €	140.353 €	141.898 €
65*	129.444 €	129.534 €	164.664 €	125.804 €	127.964 €

Bei der Auflistung handelt es sich nur um die Gruppierungen mit den höchsten Ansätzen.

Nach den aktuellen Entwicklungen im Energiesektor werden sich die Strom- und Gaspreise nicht wie bisher angenommen verdoppeln. Aus diesem Grunde empfiehlt es sich, den bisherigen Ansatz zu reduzieren.

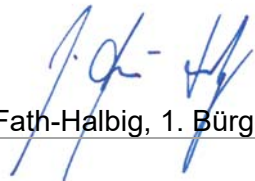

	2023	2024	2025	2026	2027
Strom	264.200 €	295.800 €	302.700 €	309.600 €	316.500 €
Vorschlag	160.800 €	242.300 €	248.500 €	254.700 €	260.900 €
Einsparung	103.400 €	53.500 €	54.200 €	54.900 €	55.600 €
Gas	160.200 €	168.700 €	172.100 €	175.500 €	179.000 €
Vorschlag	92.300 €	138.900 €	142.000 €	145.100 €	148.200 €
Einsparung	67.900 €	29.800 €	30.100 €	30.400 €	30.800 €
Komplette					
Einsparung	171.300 €	83.300 €	84.300 €	85.300 €	86.400 €

Die Einsparung über die 5 Jahre würde knapp 500.000 € betragen und würde die nötigen Kreditaufnahmen um 500.000 € senken.

Nach kurzer Einleitung durch den ersten Bürgermeister Fath-Halbig erläuterte Stadtkämmerer Mechler die vorgenommenen Änderungen seit der letzten Sitzung. Die gesamte Planung für 2023 bis 2027 hat sich nicht grundlegend verändert. Seitens der Stadträte Schusser, Wetzel und Laumeister wurde angeregt, die Personalkosten um 5% in 2023 anstatt um 4% zu erhöhen, da dies für zu gering angesehen werde. Der HFA fasste den Beschluss und die Umsetzung bis zur SR-Sitzung im März. Diskutiert wurden auch die benötigten Kredite in den kommenden Jahren und der daraus resultierende Schuldenstand. Seitens der Stadträte Turan und Laumeister kam die Anregung die Kredite jetzt aufzunehmen, da später alles teurer werde und am Ende des Finanzplanungszeitraum der gleiche Schuldenstand stehen würde. Bürgermeister Fath-Halbig wies darauf hin, dass nicht alle Maßnahmen gleichzeitig begonnen werden können und somit auch die Kreditaufnahmen in den jeweiligen Jahren zu tätigen seien. Zudem müsse im Hinblick auf das geplante Baugebiet Wörth-West II der Schuldenstand in seiner Entwicklung genau beobachtet werden, da hierfür wieder eine Verpflichtungsermächtigung einzugehen sei. Stadtrat Laumeister wies darauf hin, dass grundsätzlich überlegt werden müsse, wo die Lösung liegen könne. Stadtrat Wetzel gab zu bedenken, dass man nicht wisse was in Zukunft noch alles auf die Stadt zukäme und ob dies dann noch finanzierbar sei. Dies betrifft vor allem die stetig steigenden Personal- und Sachkosten der Stadt. Auch Stadtrat Schusser äußerte sich dahingehend, dass die laufenden Ausgaben zu überprüfen wären und Einsparmöglichkeiten zu finden seien. Bürgermeister Fath-Halbig stimmte zu und gab als Hinweis bekannt, dass im Frühjahr sämtliche Einnahmemöglichkeiten und Verträge der Stadt in einer gesonderten Sitzung zur Sprache kommen sollen.

Zu dem Antrag der CSU-Fraktion wurde seitens Stadtrat Laumeister klargestellt, dass es keinesfalls das Ansinnen war alles pauschal um 5% zu reduzieren. Ziel des Antrags war, dass überprüft werden solle, inwieweit und wo Einsparmöglichkeiten vorhanden seien.

		<p>Bestenfalls im Gesamten 5%. Stadtrat Laumeister gab noch den Hinweis, dass weiter versucht werden solle, die Unterhaltskosten zu senken. Die Bereitschaft der Verwaltung hierfür müsse erkennbar sein.</p> <p>Dem Antrag der Freien Wähler folgend wurde die Personalkostensteigerung mit der Sitzungseinladung dargestellt. Auch ein grober Überblick der vorhandenen Verträge wurde aufgelistet und die Verteilung der Sachkosten auf die verschiedenen Gruppierungen im Haushalt wurde aufgeführt. Bürgermeister Fath-Halbig stellte klar, dass sich es sich bei den Ansätzen für den Friedhof nur noch um die nötigsten Kosten handle und hier kaum Spielraum für Kürzungen vorhanden sei. Bezüglich der Fahrradunterstellbox verwies Stadtrat Wetzel auf ein wesentlich günstigeres Angebot aus dem Internet. Bürgermeister Fath-Halbig erklärte hierzu, dass auch der Brandschutz beachtet werden müsse und die Fahrräder künftig nicht mehr im Heizungsraum untergebracht werden können. Bürgermeister Fath-Halbig wies darauf hin, dass ein Maximalansatz gebildet wurde, der aber unterschritten werden solle. Dies diene der kompletten Deckung der Maßnahme und um Überschreitungen zu verhindern. Weitere Diskussionen gab es zu dem Außenspielgerätehaus in der KiTa Rasselbande. Hierzu wurde festgestellt, dass die hohen Sicherheitsvorgaben durch das Landratsamt unbedingt zu beachten seien und aus diesem Grund die geplanten Kosten voraussichtlich nicht gesenkt werden können. Der Ansatz für den Verkauf der Teilfläche der FI.Nr. 8640/1 wird aufgrund des beschlossenen Verkaufspreises pro qm auf den aktuellen Wert angepasst.</p> <p>Des Weiteren gab Bürgermeister Fath-Halbig bekannt, dass aufgrund der Überprüfung der Heizungsanlagen in den städtischen Einrichtungen einige Anlagen auszutauschen seien. Nach einer ersten Schätzung sind dies ca. 100.000 €, die noch zusätzlich einzuplanen seien. Hierzu äußerte sich Stadtrat Laumeister positiv, da hierdurch Energiekosten eingespart werden können und auch umweltfreundlicher seien. Bürgermeister Fath-Halbig gab an, dass derzeit geprüft wird für welche Einrichtungen eine Erneuerung sinnvoll sei und für welche nicht. Ein Teil der vorgesehenen Einsparungen im Energiesektor für 2023 würde hierdurch aufgebraucht.</p> <p><u>Beschluss:</u> Der HFA beschließt, den Ansatz für die Fahrradunterstellbox auf 10 T€ zu reduzieren, die geplanten Einsparungen im Energiesektor umzusetzen, die Personalkostensteigerung und den Verkaufserlös der FI.Nr. 8640/1 anzupassen.</p>
3.	ö	<p><u>Bekanntgaben</u> Keine</p>
4.	ö	<p><u>Anfragen</u> Keine</p>

<p>63939 Würth a. Main, den 28.02.2023</p> <div style="text-align: center;">  </div> <p>A. Fath-Halbig, 1. Bürgermeister</p>	<div style="text-align: center;">  </div> <p>T. Mechler, Protokollführer</p>
---	--